Bericht über Florenz 10+10

8.-11.November 2012

http://www.firenze1010.eu/

- 1. Abschlusserklärung, Presseerklärungen von attac Deutschland
- 2. Berichte aus den Achsen (unvollständig)
- 1. Demokratie in Europa
- 2. Finanzen/Schulden/Kürzungsmaßnahmen
- 3. Arbeitsbezogene und andere soziale Rechte
- 4. Natürliche und gesellschaftliche Gemeingüter und öffentliche Dienstleistungen
- 5. Europa im Mittelmeerraum und in der Welt

auch dort verabschiedete Aufrufe

3. Altersummit: Presserklärung

4. Bericht über die Vorbereitung des WSF

Dieser Bericht ist eine vorläufige Fassung, an der mehrere Mitglieder der AG Internationales gearbeitet haben. Wir wollen euch informieren und auf vereinbarte Aktionen/Schwerpunkte hinweisen. Ich habe dann die Dokumente zusammengestellt.

Marie-Dominique Vernhes, 22. November 2012

Auf der Web-Seite unserer AG findet ihr weitere Dokumente:

Hugo Braun: Europäische Konferenz zur Vernetzung des sozialen Widerstands- Florenz, zehn

Jahre später: ein neuer Versuch

Felipe Van Keirsbilck: Eine Europäische Soziale Bewegung schaffen!

Tommaso Fattori: <u>Joining forces for another Europe</u>

(Übersetzung: Zusammenschluss für ein anderes Europa) Joint Social Conference (Englisch, Französisch, Spanisch)

AlterSummit

http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/internationales/die-ag-internationales/veranstaltungen/kongresse/2012/#c35037

FLORENZ 10+10

Mehr als 4.000 TeilnehmerInnen, 300 Netzwerke und Organisationen aus 28 Ländern aus allen Teilen Europas und darüber hinaus trafen sich in Florenz, um über ein anderes Europa zu debattieren und Strategien für den Weg dorthin zu entwerfen.

Die Abschlusserklärung von Florenz, 11.11.2012:

Die Kräfte bündeln für ein gemeinsames Europa Unsere Demokratie statt ihre Kürzungspolitik

Bei der Versammlung Florenz 10+10 haben sich NGOs und soziale Bewegungen, Gewerkschaften und BürgerInnen getroffen, die sich gegen Austerität und Schulden, für natürliche und soziale Gemeingüter, für soziale und Arbeitsrechte, für Demokratie, globale Gerechtigkeit und Frieden, für Genderangelegenheiten und für die Rechte von MigrantInnen engagieren.

Wir rufen zu einer **permanenten europäischen Mobilisierung** auf, um die Kämpfe gegen die Krise zu unterstützen und eine Zukunft für jeden in Europa und der Welt aufzubauen. Diese Mobilisierung wird sowohl gemeinsame als auch dezentrale Aktionen beinhalten.

Die erste Initiative, die uns bei der Schaffung gemeinsamer europäischer Handlungsfähigkeit zusammenführt, sind **die Generalstreiks und Aktionen** gegen Austerität in vielen Ländern Europas **am 14. November**.

Wir schlagen einen **gemeinsamen Aktionstag** aus Anlass des Europäischen Frühjahrsgipfels vor, der **am 23. März** in Brüssel stattfinden wird. Format und endgültiger Aufruf für diese gemeinsame Mobilisierung wird in den folgenden Monaten in einem offenen und teilnahmefreundlichen Prozess diskutiert und festgelegt.

Wir rufen auf zur Unterstützung der folgenden Aktionen und Mobilisierungen:

- **18. Dezember 2012:** Welttag der MigrantInnen
- **23. bis 27. Januar 2013**: Aktionen gegen die Finanzialisierung des Lebens und der Gemeingüter (Aktionen gegen Banken)
- 8. März 2013: Europäische Aktionen zur Unterstützung der Emanzipation von Frauen von Austerität und Schulden
- 26. bis 30. März 2013: Weltsozialforum in Tunis
- Mai 2013: Blockupy in Frankfurt (Deutschland)
- 7. bis 9. Juni 2013 (Vorschlag): Alternativengipfel (Alter Summit) in Athen
- Juni 2013: G8 Gegengipfel in Großbritannien (muss noch bestätigt werden)
- Konkrete Solidaritätsaktionen, um die Menschen zu unterstützen, die von der Austeritätspolitik betroffen sind als auch jene, die Opfer von rassistischer Gewalt und Missbrauch werden. Alle Organisationen und Bewegungen sollen sich die Aktionen auswählen, die sie unterstützen und die Form, in der sie das tun wollen.

Berichte, Aufrufe und andere Dokumente: www.firenze1010.eu

11.11. 2012 Mehr als 4000 Aktive bei Europäischem Strategietreffen Firenze 10+10

Mobilisierungsfahrplan für das nächste halbe Jahr beschlossen

Mehr als 4.000 Aktivistinnen und Aktivisten aus ganz Europa haben auf dem europäischen Strategietreffen Firenze 10+10 beschlossen, europaweit zum Generalstreik in mehreren Ländern am 14. November, zum EU-Frühlingsgipfel im März in Brüssel sowie zu einem großen Alternativengipfel Anfang Juni in Athen zu mobilisieren. Das Treffen an diesem Wochenende fand zehn Jahre nach dem ersten europäischen Sozialforum wieder wie damals in der Fortezza da Basso in Florenz statt.



Die nächste wichtige, internationale Widerstandsaktivität ist der koordinierte Generalstreik am kommenden Mittwoch, zu dem der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) in Südeuropa aufruft – unter anderem in Portugal, Spanien, und Italien. Von Firenze 10+10 ging ein starkes Zeichen der Unterstützung, Solidarität und Beteiligung an dem Streik aus. Auch in Deutschland sind für Mittwoch in vielen Städten Solidaritätsaktionen und Demonstrationen geplant.

Zu den geplanten Protesten beim EU-Frühjahrsgipfel im März sagt Steffen Stierle von der Attac-Projektgruppe Eurokrise: "Ein wichtiges Thema dieser Mobilisierung wird die konsequente Ablehnung der Pläne für eine neoliberale Fiskal- und Wirtschaftsunion sein. Wir wollen alles daran setzen, die Umsetzung dieses autoritären, anti-sozialen Vorhabens zu verhindern." Auch die erneuten Blockupy-Aktionstage im Frühjahr in Frankfurt sollen genutzt werden, um die Kritik an der neoliberalen, autoritären Transformation der EU auf die Straße zu tragen.

Ein weiterer Höhepunkt des Treffens in Florenz war die Vorstellung des Alter Summit. Dabei handelt es sich um einen gemeinsamen Diskussionsprozess von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und alternativen Wissenschaftsnetzwerken mit dem Ziel, gemeinsame Forderungen zu entwickeln und Aktivitäten zu koordinieren. Münden soll der Prozess im Juni in einen großen Alternativengipfel in Athen.

Wichtige gemeinsame Forderungen waren in Florenz unter anderem der Stopp der Austeritätspolitik, die Streichung illegitimer Schulden und eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten.

Europaweit erleben wir einen historischen Angriff auf soziale Rechte und Demokratie. Die südeuropäischen Sozialstaaten und Ökonomien sind so weit zerstört, dass Armut, Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und gesellschaftliche Erosion wieder zum europäischen Alltag gehören. Die Krisenpolitik von EU, Troika und Bundesregierung zielt darauf ab, diese Attacke gegen die Menschen europaweit zu institutionalisieren. Attac Deutschland wird sich weiterhin entschieden für eine europäisch koordinierte Widerstandsbewegung einsetzen.

http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten

European Progressive Economists Network Firenze 10+10, 9. November 2012 Pressemitteilung

Das **European Progressive Economists Network** ist auf dem Sozialforum Firenze 10+10 auf Initiative von Euromemorandum, Economistes Atterrés aus Frankreich, Sbilanciamoci! aus Italien und Another Road for Europe gegründet worden. Darin haben sich verschiedene Ökonomen und Think Tanks zusammengeschlossen, darunter Econosphères aus Belgien, Econonuestra aus Spanien, das Transnational Institute, das Critical Political Economy Network, Transform! und viele andere Organisationen. Das **European Progressive Economists Network** hat das folgende Papier über wirtschaftliche Alternativen für Europa formuliert und will sich an Initiativen und Veranstaltungen beteiligen, die in der Folge von Firenze 10+10 entstehen werden.

Für Informationen: anotherroadforeurope@gmail.com, atterres@gmail.com

Gemeinsamer Appell für eine andere Wirtschaftspolitik für Europa

Das European Progressive Economists Network ist ein Zusammenschluss von Ökonomen und anderen Forschern, Instituten und Organisationen der Zivilgesellschaft, die die vorherrschende Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Europa in die aktuelle Krise getrieben haben, kritisieren.

Wir wollen eine europaweite Debatte über eine alternative Politik initiieren, basierend auf folgenden sechs Punkten.

1.Die Austeritätsmaßnahmen müssen zurückgenommen und die drastische Konditionalität, die den Ländern für Hilfe aus dem Rettungsfonds auferlegt wurde, muss radikal geändert werden, angefangen mit Griechenland.

Die gefährlichen Zwänge des Fiskalpakts müssen abgeschafft werden, so dass die Länder öffentliche Ausgaben, soziale Sicherungssysteme, Löhne und Gehälter schützen können, während die EU eine stärkere Rolle im Sinne der Stimulierung der Nachfrage und der Förderung der Vollbeschäftigung spielen muss, um einen nachhaltigen und gerechten Fortschritt zu ermöglichen.

Die europäische Politik soll die aktuellen Handelsbilanzdefizite durch Zwangsmaßnahmen auch für Exportüberschussländer reduzieren.

- 2.Die Politik muss eine Umverteilung zur Verringerung der Ungleichheit und eine Harmonisierung der Fiskalpolitik fördern. Sie soll dem Steuerwettbewerb ein Ende setzen und die Steuerlast weg von der Erwerbsarbeit und hin zu einer höheren Besteuerung von Gewinnen und Reichtum verschieben. Die Politik muss den öffentlichen Dienst und die sozialen Sicherungssysteme begünstigen. Die Erwerbsarbeit und die Tarifautonomie müssen geschützt werden, denn Arbeitsrechte sind ein zentraler Bestandteil der europäischen demokratischen Rechte.
- 3.Die europäische Finanzkrise, gekennzeichnet durch die Wechselwirkung zwischen Bankenkrise und Staatsschuldenkrise, muss angegangen werden. Die EZB muss als *lender of last resort* auf dem Staatsanleihenmarkt agieren. Das Problem der Staatsverschuldung muss durch die gemeinsame Verantwortung der Länder des Euroraums gelöst werden. Die Schulden sollen einer öffentlichen Prüfung (Audit) unterzogen werden.
- 4.Eine radikale Schrumpfung des Finanzsektors ist erforderlich, mit einer Finanztransaktionssteuer, der Abschaffung von Finanzspekulationen und der Kontrolle über Kapitalbewegungen. Das Finanzsystem muss unter gesellschaftliche Kontrolle gebracht werden. Es muss so verwandelt werden, dass es sozial und ökologisch nachhaltige produktive Investitionen und Beschäftigung fördert.
- 5.Eine fundamentale ökologische Transition bietet einen Ausweg aus Europas Krise. Europa muss seinen ökologischen Fußabdruck und seinen Verbrauch von Energie und natürlichen Ressourcen reduzieren. Die europäische Politik muss neue Wege der Produktion und des Verbrauchs fördern. Ein großangelegtes Nachhaltigkeit förderndes Investitionsprogramm kann hochqualifizierte Arbeitsplätze schaffen, Kapazitäten in neuen innovativen Bereichen erweitern und vielfältige Möglichkeiten schaffen, auf lokaler Ebene zu handeln, vor allem in Bezug auf die öffentlichen Güter.
- 6.Demokratie muss auf allen Ebenen in Europa erweitert werden. Die EU muss reformiert werden und die während der Krise erfolgte Machtkonzentration zugunsten weniger Staaten und von Institutionen, die von niemandem zur Rechenschaft gezogen werden können, muss rückgängig gemacht werden. Das Ziel ist eine größere Partizipation der Bürger, eine größere Rolle des Europäischen Parlaments, eine viel stärkere demokratische Kontrolle über alle wichtigen Entscheidungen.

Angesichts der Gefahr eines Zusammenbruchs braucht es einen Kurswechsel in der europäischen Politik. Ein Bündnis zwischen Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und progressiven politischen Kräften ist erforderlich, um Europa aus der von Neoliberalismus und Finanzwelt verursachten Krise zu führen. Das European Progressive Economists Network versucht, zu diesem Kurswechsel beizutragen.

Appell der griechischen AktivistInnen in Florenz

Solidarität angesichts eines humanitären Desasters – Die Antwort der Bewegungen

Wir appellieren an Euch, die hier in Florenz anwesenden Bewegungen, bei unseren Bestrebungen um solidarische Strukturen und Aktionen mitzuwirken.

Einige Informationen über die bisherigen Auswirkungen der Austeritäts-Maßnahmen: die offizielle **Arbeitslosenquote** liegt bei 25%. Nach Geschlecht aufgeschlüsselt betrifft die Arbeitslosigkeit 22,5% der Männer und 29% der Frauen.

Bei jungen Leuten liegt die Arbeitslosenquote bei über 50%. In einigen Regionen unseren Landes, die von radikaler De-Industrialisierung und der vollkommenen Auflösung wichtiger wirtschaftlicher Aktivitäten betroffen sind, liegt die Arbeitslosigkeit bei 80%.

5Die **Löhne** sind um 40% gekürzt worden, die Realein-kommen sind allerdings (infolge des steilen Anstiegs der Steuern und der Einführung außerordentlicher Immobilien- und andere Steuern) noch weiter gesunken.

Der Sozialstaat, insbesondere das nationale Gesundheitssystem, wird absichtlich abgebaut. Infolgedessen fehlen in vielen Krankenhäusern wesentliche Hilfsmittel und auch Medikamente. Gleichzeitig verlieren viele Tausende von Bürgern infolge der hohen Arbeitslosigkeit ihren Anspruch auf die öffentliche medizinische Versorgung. Selbstverständlich sind Einrichtungen der Psychiatrie, Therapiezentren für Drogensüchtige und Frauenhäuser als erste abgebaut bzw. geschlossen worden. Betroffene, wie z.B. chronisch Kranke, werden ihrem Schicksal überlassen, bzw. sind auf die behelfsmäßige Hilfe durch Familienangehörige und Freunde angewiesen.

In den großen Städten wie Athen und Thessaloniki sind Fälle von **Hunger** nicht selten. Viele lokale Solidaritätsgruppen arbeiten - mit bescheidenen Mitteln angesichts der allgemeinen Lage - zusammen mit lokalen Läden und Gaststätten, um von Hunger bedrohten Familien Lebensmittelpakete zukommen zu lassen. Oder sie richten Suppenküchen an öffentlichen Orten ein und bieten somit vielen Mitbürgern wenigstens eine Mahlzeit, wenngleich nicht jeden Tag.

Wir müssen hier ein ebenso gravierendes Problem

benennen: den Aufstieg einer faschistischen Partei und die Intensität der Gewalt durch **faschistische** Banden.

Armut treibt, wie Ihr wisst, Völker nicht ins linke Lager. Sie ist vielmehr ein fruchtbarer Boden für Gruppen, die insbesondere diejenigen ansprechen, die sich schwächer als andere fühlen, indem sie ihnen ein Gefühl von Stärke vermitteln. Diese Tendenz kann nicht gestoppt werden, wenn es uns nicht gelingt, Leute mit Taten davon zu überzeugen, dass der einzige Ausweg auf der Seite der Solidarität, auf unserer Seite, zu finden ist

Da die Lage explosiv ist, wurde auf Initiative von SYRIZA die **Kampagne** "Solidarität mit allen" ins Leben gerufen, die versucht, mit Strukturen und Organisierung die Entstehung von unabhängigen, nicht parteilich gebundenen Solidaritätsnetzwerken zu fördern.

In dem von Krise und Elend heimgesuchten Griechenland entsteht in schnellem Tempo ein anderes Griechen-land von Menschen, die sich selbst organisieren, um zu überleben und um Widerstand zu leisten.

Unsere Erfahrung mit der Vielfalt der Solidaritäts-Netzwerke, die gerade entstehen, zeigt, dass sie ein Wachsen des Vertrauens der Bürger in ihre kollektiven Ressourcen bewirken, weil sie ihnen sehr praktisch helfen, der totalen Depression und dem Zusammenbruch zu entkommen.

Gleichzeitig vermitteln die entstehenden Netzwerke den von der Krise betroffenen Menschen die Erfahrung, dass ihre Kenntnisse und ihre Talente durch die Kooperation mit anderen wachsen und dass sie dadurch in die Lage versetzt werden, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen.

Die Kreativität der Menschen und die radikal neuen Lösungen, die sie erfinden, bewirken unverhofft angenehme Überraschungen.

Warum wenden wir uns an unsere Mitstreiter in Europa?

Einfach weil wir Euch um Eure Unterstützung bitten.

Jenseits der humanitären Krise und der Not, die uns befallen hat, sind die Bewegungen der Zivilgesellschaft und progressive Parteien aufgerufen, sich uns zuzuwenden.

Wir können etwas Neues erkennen, das langsam in unserem Land Form annimmt, was wir noch nicht genau definieren können.

Wir sind fester Bestandteil dessen, was allmählich aufgebaut wird und wir wollen es auch mit Euch zusammen aufbauen.

Wir bitten nicht um wirtschaftliche Hilfe allgemein, obwohl wir das auch bitter nötig haben.

Wir bitten Euch, Kollektive, Initiativen und die Anstrengungen vieler ganz normaler Menschen zu "adoptieren". Wir möchten, dass Ihr sie kennen lernt, sie besucht und sogar – warum nicht? – an ihrer Seite handelt.

Wir wissen, dass viele von Euch von Ländern des Südens und Ostens Europas kommen und wir alle haben mit gravierenden Problemen zu kämpfen. Lasst uns alle zusammen anpacken, lasst uns unsere gemeinsame Zukunft auf der Basis von Solidarität und Gegenseitigkeit aufbauen.

Darum wagen wir es, die Einrichtung von spezifischen Strukturen vorzuschlagen, deren Gestalt von Euch vorgeschlagen werden kann, um die Bedürfnisse der Menschen für eine bestimmte Zeitspanne zu decken. Eine solche Lösung würde den Menschen die Sorge um ihr tagtägliches Überleben nehmen und würde sie ermutigen, sich wirksamer für den Aufbau einer anderen Gesellschaft zu engagieren.

Ein anderer Schlüsselbereich sind **Medikamente**. Wie oben erwähnt, gehen den Gesundheitseinrichtungen in Griechenland die Medikamente aus und viele Mitbürger haben keinen Zugang zur medizinischen Versorgung mehr.

Einige medizinische Einrichtungen im Lande haben

angefangen, Impfungen für Kinder zu entwickeln, deren Familien aus dem nationalen Gesundheitssystem herausgefallen sind und deshalb nicht geimpft worden sind. Wir stehen in Verbindung mit sozialen Kliniken und sozialen Apotheken im Lande, um eine Liste von Medikamenten und Impfungen zu erstellen, die existentiell wichtig sind, deren Ankauf in vielen Ländern Europas billiger ist. Wir werden diese Liste bald veröffentlichen und Wege aufzeigen, wie die Medikamente in unser Land transportiert werden können.

Die Solidaritäts-Strukturen, die in Griechenland gerade entstehen, sind in vielen Bereichen aktiv, wie Lebensmittel, Gesundheit, Bildung, solidarische Ökonomie, Kultur, aber auch im Bereich der Rechtshilfe für unsere Mitbürger (außergewöhnliche Steuern, überschuldete Haushalte, Zwangsräumungen). Die bereits entstandenen Initiativen sind so vielfältig, dass andere Bereiche mit Sicherheit hinzukommen werden, aber auch die Menschen in Europa werden vielfältige Wege finden, miteinander solidarisch zu agieren.

Wir wollen vor allem unsere Würde bewahren und mit diesem Brief laden wir Euch ein zu einem gemeinsamen Experiment, um zusammen einen Weg zu einer anderen Welt einzuschlagen, wo es mehr Licht gibt.

Kommunizieren können wir über:
Email: solidarityforall@gmail.com
Tassos Koronakis - 0030-6944-740.587
Myrto Bolota - 0030-6976-266.387
Natasha Theodorakopoulou - 0030-6977-346.322
Florenz, den 10.11.2012

Entschließung des antifaschistischen Seminars von Florenz*

GEMEINSAM GEGEN DIE ZUNEHMENDE BEDROHUNG VON RECHTS VORGEHEN!

Obwohl der Faschismus besiegt war, konnten sich neofaschistische Kräfte in vielen europäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg neu organisieren und in der Öffentlichkeit auftreten. Aber ihr Einfluss war – bis auf einige wenige Ausnahmen – sehr eingeschränkt; sie bewegten sich hauptsächlich am Rande der Gesellschaft.

Die Offensive des Neoliberalismus und der offene Ausbruch der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Krisen des Kapitalismus haben die Situation grundlegend geändert. Heute schaffen es rechtsextreme und populistische Parteien und in manchen Fällen sogar offen faschistische Kräfte wie in Griechenland, die Unterstützung der Massen zu gewinnen und in der Mitte der Gesellschaft anzukommen. Mit demagogischen Mitteln missbrauchen sie die in der Gesellschaft verbreiteten Ängste und Unsicherheiten. Anstatt die tatsächlichen Ursachen der Krisen beim Namen zu nennen, suchen sie sich Sündenböcke (Juden, Muslime, Roma und Sinti, nationale Minderheiten, Rentner, Behinderte usw.). Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist, diese Menschen vor den Angriffen von Rechtsaußen zu schützen.

Aufgrund des Fehlens einer umfassenden Alternative zu den Krisen und des Versagens der Gewerkschaften und der Linken in der Vergangenheit haben rechtsextreme und populistische Parteien heute großen Einfluss und stellen eine echte Gefahr für die weitere Entwicklung der Gesellschaften dar.

Wir, die Teilnehmer von "Firenze 10 plus 10", fordern alle Bewegungen, Gewerkschaften, linken Organisationen und Parteien auf, die Gefahr von Rechtsaußen ernst zu nehmen. Wir heben in besonderem Maße die Notwendigkeit der starken und konkreten Solidarität mit den Griechen hervor, die sich gegen die Diktatur der Troika und den zunehmenden Einfluss der faschistischen Partei "Goldene Dämmerung" zur Wehr setzen.

Wir werden unsere Versuche zur Ausweitung der gemeinsamen internationalen Aktivitäten gegen die Rechte durch Zusammenführung von Netzwerken, Informationsaustausch, vertiefende Analyse und Erarbeitung positiver Antworten auf die Krisen verstärken.

Wir werden die internationale Mobilisierung und Maßnahmen gegen Rechts initiieren und unterstützen, z.B. die massiven Straßenblockaden in Dresden, wodurch die Nazis daran gehindert wurden, durch die Stadt zu marschieren.

* Das antifaschistische Seminar fand am 9. November 2012 in Florenz statt. An dem Seminar nahmen etwa 40 antifaschistische Aktivisten aus 17 Ländern teil (Russland, Deutschland, Ukraine, Griechenland, Belarus, Spanien, Ungarn, Portugal, Tschechische Republik, Frankreich, Polen, Belgien, Dänemark, Italien, Norwegen, Türkei und Österreich).

Wasser

Christiane Hansen:

Es gab in Florenz 5 Themenstränge. Unser Netzwerk "European Water Movement (EWM) war in der Gruppe "Natural and Social Commons". Jeder Themenstrang war einer Konvergenzgruppe zugeordnet: so hießen die Gruppen, in der nahe stehende Themen behandelt wurden. Man traf sich abends um Ergebnisse der Diskussionen zusammenzutragen.

Das EWM hat sich am Donnerstag und Freitag getroffen.

Am ersten Tag ist das "European Water Movement" vorgestellt worden. Es ist die europäische Bewegung der Wassergruppen. Es hat sich 2011 in Neapel gegründet.

Es wurde dann über die Wassersituation in den anwesenden europäischen Ländern berichtet.

Am Freitag wurde in einem Referat Wasser als "Common" = Gemeingut, in einen historischen Zusammenhang gestellt, danach die europäische Politik mit ihren Direktiven und Verordnungen dargestellt und gezeigt wie die EU aus Wasser ein Wirtschaftsgut macht und welche Folgen es für uns EuropäerInnen hat.. (Blue Print, Konzessionsrichtlinie...)

Am Samstag standen im Mittelpunkt der Diskussion die Fragen, wie sich die Europäische Wasserbewegung in die weltweit existierenden Wasser-Netzwerke einbringen wird, wie ein nächstes Alternatives WeltWasser Forum organisiert werden soll (UN Ebene?) und wie das Menschenrecht auf Wasser in der Ebene Wasser als "Common" = Gemeingut, eingebetet werden soll.

Ergebnisse der Diskussionen.

- 1- Die EU-liberale Wasserpolitik ist abzulehnen. Wasser ist keine Ware, es ist ein Gemeingut. Der Privatisierungszwang um Schulden abzubauen ist zu bekämpfen und illegal, die EU darf keine Privatisierung verlangen. (Griechenland/Troika)
- 2- Die verschiedenen EU-Texte sollen für die Öffentlichkeit verständlich aufbereitet werden.
- 3- 2019 gibt es die Neuauflage der Wasserrahmenrichtlinie. Das EWM will sich im Vorfeld aktiv einmischen.
- 4- Eine kleine Arbeitsgruppe soll sich Gedanken machen wie der 22. März 2013 (Weltwassertag) in

Europa gestaltet werden kann.

Unsere Treffen waren gut besucht. Leute aus Ost-Europa, Griechenland, West-Europa und sogar einige aus dem Norden waren gekommen. Es wurden fruchtbare Gespräche geführt und neue Kontakte geknüpft.

Mehr den je ist der Spruch des italienischen Wasser Forums aktuell:

"wir schreiben Wasser und lesen Demokratie"

Dorothea Härlin

Beitrag für die Gruppe "Commons" auf dem Abschlussplenum in Florenz 10+10, 11.11.2012,

Sparpolitik und Privatisierung der Gemeingüter – Zwei Seiten der gleichen Medaille

Lasst uns mehr darüber sprechen, wie wir einerseits unsere Kämpfe gegen die Sparpolitik und ihre Finanzkrise und andererseits unseren Kampf zum Erhalt der natürlichen und sozialen Gemeingüter besser verbinden können. Sie sagen uns, dass Privatisierung der Gemeingüter ein Weg aus den Schulden sei. Aber wir wissen, es ist umgekehrt: Privatisierung ist eine Ursache der öffentlichen Verschuldung, was wir überall sehen können, am deutlichsten aber in Griechenland. Und der weitere Ausverkauf unserer Gemeingüter an private Konzerne wird uns in immer mehr Schulden treiben und wird die Preise für Grundbedürfnisse für uns alle hochtreiben.

Deshalb müssen wir immer die beiden Seiten der Medaille zusammen denken. So lange wir nur von Geld sprechen, verharren wir in ihrer Logik der Finanzen. Einer Logik, die alles nach und nach in Geld verwandelt, die Natur und die Gemeingüter. Durch deren Ausverkauf werden die Möglichkeiten für politischen Einfluss beschnitten, so wird Demokratie Stück für Stück zerstört.

Unser Kampf um die Gemeingüter ist ein Ausweg aus dieser Logik des Geldes. Indem wir unsere Gemeingüter verteidigen und Alternativen entwickeln, springen wir in eine neue Logik, die auf Gegenseitigkeit, sozialen Kontakten, Zusammenarbeit und partizipatorischen Prozessen basiert.

Das eröffnet viele Möglichkeiten für vielfältige Aktivitäten von unten auf lokalen Ebenen, die viele Bürger_innen, wo auch immer, aufgreifen können. Denn wir alle wissen: Ohne Gemeingüter gibt es kein Leben!



Unsere Demokratie gegen ihr Spardiktat

Eine Koalition, die entschlossen ist, ein neues Kräfteverhältnis in Europa zuschaffen, kündigt eine Mobilisierung gegen die Kürzungsmaßnahmen der EU für die kommenden sechs Monate an. Aktionen auf europäischer Ebene werden ihren Höhepunkt beim "Alter Summit"* Anfang Juni erreichen.

Vereinen wir unsere Kräfte

für ein friedfertiges, soziales, ökologisches und demokratisches Europa.
Presseerklärung, 11. November 2012

Im Rahmen von "Florenz 10 + 10", der zehn Jahre nach dem ersten Europäischen Sozialforum in Florenz (2002) organisierten Versammlung, wurde das Projekt des "Alter Summit" gestartet.

Zusammengekommen waren 850 Personen aus 20 Ländern Europas, die mehr als 100 Organisationen repräsentierten, darunter zahlreiche (nationale und europäische) Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Forschungsinstitute sowie Umwelt-, feministische und globalisierungskritische Organisationen. Zahlreiche Persönlichkeiten aus Kultur und Politik unterstützen das Projekt des Alter Summit.

Der Wille, dieses Gipfeltreffen der europäischen Völker und der Alternativen zu organisieren, gründet sich auf einem Aufruf (www.altersummit.eu), der die grundsätzlich politische Dimension der Krise in der EU herausstellt: Die Kürzungspolitik wurde, obwohl sie die Krise verschärft, wissentlich gewählt, um eine Umwandlung der sozialen Ordnung hin zu einem ultraliberalen Modell durchzusetzen – mit dem Verlust von Millionen von Arbeitsplätzen, mit brutalen sozialen Einschnitten und erheblichen Bedrohungen für die Demokratie selbst.

Beim Start des Alter Summit haben sowohl die griechischen Gewerkschaften als auch das Komitee der in Florenz anwesenden sozialen Bewegungen ihren Wunsch geäußert, das für Anfang Juni 2013 vorgesehene Gipfeltreffen der Alternativen in Athen auszurichten. "Griechenland war das europäische Labor für die Zerstörung der sozialen Rechte", erklärten sie, "aber es kann ebenfalls das Labor des Widerstands der Bevölkerung und der Wiedergewinnung der Demokratie sein. Wir brauchen die Unterstützung aller europäischen Völker, denn jedes Volk, das seine Rechte verteidigt, trägt zur Verteidigung der sozialen Rechte in ganz Europa bei."

Es gibt Alternativen! Die Völker Europas können sich von der Schuldenlast befreien; das Spardiktat muss durch Steuergerechtigkeit und die Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen im Bereich des ökologi-schen Umbaus ersetzt werden; die sozialen Rechte müssen wiederhergestellt werden, die Armut

und die Unsicherheit – die insbesondere Frauen und Kinder treffen – müssen bekämpft werden, die Freiheit der Tarifverhandlungen (Tarifhoheit) vollständig respektiert werden; eine gerechtere und wirklich demokratische Gesellschaft ist jetzt möglich.

Alle Anwesenden sind der Überzeugung, dass die Zen-tralisierung der wirtschaftlichen und politischen Macht (durch die Kommission, die EZB und den Europäischen Rat) die nationalen Mobilisierungen in ihrer tatsächli-chen Kraft beschneidet, diese aber dennoch sehr wichtig bleiben: es gilt also unverzüglich die Grundlagen einer wirklichen europäischen sozialen Bewegung zu schaffen. Das Vorhaben beruht auf der Entwicklung von nationalen oder regionalen Bündnissen in ganz Europa und auf mehreren Etappen bei der Mobilisierung.

Der Streik- und Aktionstag, am 14. November von u.a. den portugiesischen, spanischen, italienischen und griechischen Gewerkschaften ausgerufen und vom EGB (Liste der Aktionen:

http://www.etuc.org/a/10446) sowie von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in mehr als 20 Ländern unterstützt, ist in der Tat die erste Konkretisierung dieser zunehmenden Mobilisierung, die sich die Mitgliedsorganisationen des Alter Summit wünschen. Es handelt sich um ein historisches Ereignis, der erste grenzüberschreitende Streik in der europäischen Geschichte!

Der "Frühjahrsgipfel" vom März 2013, bei dem die EU ihre politischen Prioritäten für das Jahr festlegen wird – wahrscheinlich eine Verschärfung des Spardiktats – wird der Anlass für wichtige Proteste sein, in Brüssel ebenso wie in ganz Europa. Zahlreiche weitere Aktionen sind vorgesehen (siehe hierzu insbesondere die Abschlusserklärung von "Florenz 10 + 10": www.firenze1010.eu).

Die zahlreichen beteiligten Organisationen haben sich bis Mitte Dezember Zeit gegeben, um ihr umfangreiches Programm von Mobilisierungen zu bestätigen und zu präzisieren, die auf dem Alter Summit Anfang Juni gebündelt werden sollen (voraussichtlich am 8. und 9. Juni).

Kontakt in Europa: info@altersummit.eu

Kontakt in Belgien: Felipe van Keirsblick (CSC) 00 32 478 29 59 50; Andre Della Veccia (CG FGTB) 00 32 474 49 74 38; Franco Carminati (Attac) 00 32 475 72 34 48; Myriam Bourgy (CADTM) 00 32 498 35 36 66 (*) Alter Summit: Gipfeltreffen der Völker und der Alternativen; zum Aufbau einer sozialen Bewegung für ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa. http://www.altersummit.eu/

WSF

1. Offizielle Einladung:

Die tunesischen und maghrebinischen Sozial- und Bürgerbewegungen laden Euch ein zum Weltsozialforum nach Tunis vom 26. bis 30. März 2013, um sich über die Lage der Welt und über die Möglichkeit einer anderen Welt auszutauschen. www.fsm2013.org

Liebe Freunde.

mit großer Freude wendet sich das tunesische und maghrebinische Organisationskomitee für das WSF in Tunis, welches vom 26. bis 30. März 2013 stattfinden wird, an Euch (Dank an N.N., der diese Nachricht über seine Mailingliste weiterverbreitet hat). Das Organisationskomitee setzt sich, neben anderen, aus tunesischen Organisationen zusammen, die im revolutionären Prozess, durch den die Diktatur beendet werden konnte, eine treibende Kraft darstellten und die heute den Kampf für die Verteidigung und Erweiterung der sozialen und demokratischen Rechte fortsetzen.

Zum ersten Mal wird das WSF, welches vor 12 Jahren in Porto Alegre, Brasilien, gegründet wurde, in der arabischen Welt durchgeführt, in einem Kontext von revolutionären Umbrüchen in der gesamten Region. Zwei Jahre mit Revolten und Kämpfen haben vier diktatorische Regime gestürzt, das erste davon war das Regime von Ben Ali in Tunesien, und der Kampf gegen die Diktaturen geht in zahlreichen Ländern weiter. Auf einer allgemeineren Basis bietet das WSF in Tunis die Gelegenheit zur Diskussion und zur Vorbereitung der Mobilisierung hinsichtlich der zentralen Herausforderungen der derzeitigen internationalen Situation mit all den neuen Bewegungen, die in den letzten Jahren entstanden sind.

Gleich ob ihr einer Bewegung oder einer Organisation angehört oder nicht, gibt Euch die Webseite des WSF Informationen über die Lage der Bewegungen in Tunesien und in der Region sowie über die Möglichkeiten, am Forum teilzunehmen, sei es, dass Ihr Ende März 2013 nach Tunis kommt oder dass Ihr Euch aus der Ferne beteiligt, im Rahmen von Aktivitäten, die sich in einem anderen Teil der Welt abspielen. Ihr könnt Euch dazu in die Mailingliste des WSF www.fsm2013/listemail eintragen, die Euch alle zwei bis drei Wochen die Infos bereitstellt, die zur Teilnahme am Forum nützlich sind.

Wie Ihr sicherlich wisst, werden die WSFs von Vereinigungen, Gewerkschaften, Bewegungen und NGOs aus der ganzen Welt vorbereitet, die Aktivitäten und Debatten anbieten und sich dann mit Bewegungen aus anderen Teilen der Welt zusammentun, die ähnliche Anliegen verfolgen. Zu diesem Zweck gibt es eine Webseite, auf der Ihr die Organisationen, denen Ihr angehört, einschreiben und dort Aktivitäten anbieten könnt, und dies in den vier offiziellen Sprachen des Forums, Englisch, Arabisch, Spanisch und Französisch: www.fsm2012.org . Bis Mitte Dezember 2012 könnt Ihr Aktivitäten vorschlagen, danach, bis Mitte Februar 2013, könnt Ihr Euch mit anderen Bewegungen und Organisationen zusammenschließen und Eure Aktivitäten definitiv anmelden. In kämpferischer Freundschaft Das tunesische und maghrebinische Organisationskomitee (Übersetzung: Hans-Hermann Bohrer (coorditrad), md)

Zur Vorbereitung des WSF

- Es gibt ein Organisationskomitee in Tunis, mit Vertretern von sehr unterschiedlichen Organisationen (Stark: die Gewerkschaften; attac, Anwälte, Frauen, Migranten,...
- Die Struktur der Webseite ist auch aufgebaut, einige Dokumente gibt es schon: http://www.fsm2013.org/en, http://www.fsm2013.org/en/activities (mit den thematischen Achsen und dem Fahrplan)
- Zeit: 26. bis 30.März.
- Die Teilnahme soll auch mittels des "Forum extended" in allen Teilen der Welt stattfinden.
- In Tunis findet es auf dem Gelände der Universität statt, mit der aktiven Beteiligung von Studenten und Dozenten.
- Unterbringung: Zum Zelten zu kalt; bisher keine zentrale Organisierung.

Bis zum 15.12. können weitere Vorschläge für Workshops usw. gemacht werden.